

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



## Unrühmliches Ende des blau-schwarzen Abenteuers

In den ersten Septemberwochen bestätigte sich in geradezu atemberaubender Abfolge die Erkenntnis Franz Vranitzkys, aus der heraus dieser einst 1986 Österreich vor einem politischen Fiasko, wie es jetzt eingetreten ist, mehr als ein Jahrzehnt lang bewahrt hat:

Mit der FPÖ ist kein Staat zu machen. Wolfgang Schüssel hat – mit dem Blick auf den Sessel des Bundeskanzlers – diese Erkenntnis nicht wahrhaben wollen. Er nahm in Kauf, dass sich die Europäische Gemeinschaft mit Sanktionen von seiner Regierung distanzierte, dass die Weltöffentlichkeit – zu Unrecht verallgemeinernd – Österreich als anfällig für Rechtsradikalismus und Neonazismus diskriminierte. Und er gab sich der Illusion hin, es werde ihm gelingen, Haider zu zähmen. Es war dieser Jörg Haider, mit dem Wolfgang Schüssel seinen Koalitionspakt abschloss.

Aber es erwies sich bald, dass Haider nicht paktfähig ist. Die Vorzeichen dafür waren – schon lange vor dem Bruch im September 2002 – erkennbar. Die Querschüsse des Kärntner Landeshauptmanns gegen die Regierungstätigkeit, die politischen Eskapaden, die ihn dem Diktator Saddam Hussein die Hand schütteln und den Führer des faschistischen Vlaams Blok zu sich einladen ließen, aber auch die Parteinahme für die unsäglichsten Äußerungen eines Stadlers, für die Postentger eines Gaugg hätten Schüs-

sel eine Warnung sein müssen. Aber Schüssel schwieg. Er glaubte, so seine Kanzlerschaft – die ja eine von Haider's Gnaden war – um jeden Preis erhalten zu können. Das machte auch Haider sicher. In der Überzeugung, Schüssel werde um diesen Preis alles hinneh-

die er rief, nicht mehr Herr wurde. Fest steht: Das blau-schwarze Experiment, die Regierung Schüssel, ist damit als Ganzes gescheitert, auch wenn die FPÖ nun zerrissen ist, wenn sie für viele bisherige FPÖ-Wähler nicht mehr wählbar ist und Haider offenbar zu ängstlich

Sozialabbau, Steuerbelastung wie noch nie und eine hohe Arbeitslosigkeit, die (wie von der EU bestätigt wird) wegen der Untätigkeit der Regierung zum beträchtlichen Teil hausgemacht ist. Die bisherigen Regionalwahlen, allen voran der glänzende SPÖ-Sieg in Wien, haben

gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung von dieser „Wende“ genug hat. Zweifellos wird Schüssel versuchen, seinen Kanzlersessel mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, und er gibt schon jetzt zu, dass er dafür selbst mit Haider noch einmal einen Pakt schließen würde. Aber ob Haider nun wirklich die Führung der Partei aufgibt oder weiter als „einfaches Parteimitglied“ seine Hände im Spiel hat – für Österreich wäre eine solche Neuauflage von Blau-Schwarz ein Unglück. Die Menschen dürften das angesichts des Scherbenhaufens, vor dem Schüssel nun steht, erkannt haben. Und sie werden zu über-

zeugen sein, dass die Prioritäten, die die SPÖ zum Unterschied von der abtretenden Regierung setzt, solche sind, die die Interessen der großen Mehrheit vertreten. Diesen Überzeugungskampf gilt es in den nächsten Wochen erfolgreich zu schlagen.

Die Sozialdemokraten mit ihrem Kanzlerkandidaten Alfred Gusenbauer sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen und Österreich aus dem Schlamassel, das Schüssel und Co hinterlassen haben, zu führen. ■



„Die Wende am Ende“, Karikatur von Veenebos, „Der Standard“, 10. 9. 2002

men, begann er seine eigene Regierungsmannschaft zu demolieren – wohl ebenfalls in der Annahme, sie werde sich jede Demütigung gefallen lassen. Er mobilisierte den alten Kern der FPÖ, die Deutschnationalen, Rechtsradikalen, Burschenschafter, die Stadlers, Windholz und Achatz, um seine Minister willfährig zu machen und unter Kuratel zu stellen.

Die Rechnung ging nicht auf – egal, ob dahinter ein strategisches Konzept stand oder Haider der Geister,

ist, eine zerfallende Partei anzuführen, der die – von ihm selbst verursachte – Niederlage gewiss ist. Schüssel kann sich nicht herausreden, auch wenn er sich für seine ÖVP Stimmengewinne aus der Partei des bisherigen Partners erhofft. Und er kann sich nicht von Haider lossagen – denn der war ja der Hauptverantwortliche dafür, dass es diese Regierung überhaupt gegeben hat. Die so unermüdlich propagierte „Wende“ ist am Ende. Sie hat den Österreichern große Opfer auferlegt:

**NR Dr. Alfred Gusenbauer**  
Bundesparteivorsitzender



An die Mitglieder  
des Bundes  
Sozialdemokratische Freiheitskämpfer

Liebe Genossin, lieber Genosse!

Die blauschwarze Regierung hat unserem Land eine Rekordarbeitslosigkeit, die höchsten Steuern und die höchsten Staatsschulden hinterlassen. ÖVP und FPÖ haben die Pensionen radikal gekürzt und die Ambulanzgebühren und die Studiengebühren eingeführt. Die Wirtschaft ist auf Talfahrt.

Es geht jetzt um eine Richtungsentscheidung für unser Land. Es geht um das Ende des blau-schwarzen Experiments - um das Ende einer Regierung, die dem Land und der Bevölkerung schweren Schaden zugefügt hat. Schüssel sagt, bei der Wahl geht es um zwei Männer, die um ein Amt streiten. Wir sagen, es geht um alle Menschen. Schüssel geht es um seine eigenen Karrierechancen. Uns SozialdemokratInnen geht es um faire Chancen für alle. Die Regierung Schüssel war durch Machtkämpfe und Chaos gekennzeichnet. Wir stehen für das Ende des Chaos. Die Österreicherinnen und Österreicher haben sich etwas Besseres als Blau-Schwarz verdient.

Es ist unglaublich, dass Schüssel bereits ankündigt, mit der Haider-FPÖ weitermachen zu wollen. Wo Schüssel draufsteht, ist Haider drin. Das heißt weiter Machtkämpfe und Chaos, ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit, noch höhere Steuerbelastung und gleichzeitig ein hohes Defizit – und Abfangjäger.

Für uns SozialdemokratInnen sind die Prioritäten ganz klar: ein sicheres soziales Netz und eine sichere Gesundheitsversorgung für alle, neue Arbeitsplätze und eine gesunde Wirtschaft.

Die blauschwarze Mehrheit muss gebrochen werden. Nur wenn FPÖ und ÖVP zusammen keine Mehrheit mehr haben, gibt es die Möglichkeit für eine neue Politik.

Wir SozialdemokratInnen sind bereit, wieder Regierungsverantwortung zu tragen. In unserem Land müssen wieder geordnete Verhältnisse herrschen.

Wir stellen uns dieser Auseinandersetzung – selbstbewusst und entschlossen. Und wir werden erfolgreich sein, wenn wir uns auf unsere Stärken konzentrieren: auf die Kraft und Geschlossenheit unserer Bewegung.

Dieser Wahlkampf wird kurz, aber heftig werden. Wir müssen alles geben. Wir müssen uns voll einsetzen. Ich ersuche dich, liebe Genossin, lieber Genosse, um deinen ganzen Einsatz, um dein ganzes Engagement im Dienste unserer Bewegung. Dann werden wir siegen. Packen wir's an! Für Österreich, für unsere Sozialdemokratie.

Freundschaft!

Dein

Alfred Gusenbauer

# 15. Juli 1927 – Mahnung und Auftrag

Am 15. Juli 2002 legten auf dem Wiener Zentralfriedhof Vertreter des Präsidiums der Freiheitskämpfer beim Denkmal der Opfer der Ereignisse des gleichen Tages des Jahres 1927 einen Kranz nieder. Am Abend fand eine Gedenkkundgebung beim Denkmal der Republik auf der Wiener Ringstraße statt, bei der Bundesminister a. D. Rudolf Edlinger und der Vorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, sprachen. Alfred Ströer schilderte die politische Situation im Jahre 1927: Am 30. Jänner hatten rechtsradikale „Frontkämpfer“ im burgenländischen Ort Schattendorf in die Menge aufmarschierender sozialdemokratischer Schutzbündler geschossen und dabei einen Invaliden und ein Kind getötet. Der Freispruch der Mörder durch die Geschworenen im Juli 1927 löste in der Arbeiterschaft ungeheure Empörung aus. Es kam zu einer Massendemonstration vor dem Justizpalast. Nach einer Säbelattacke der Polizei legten wütende Demonstranten im Gebäude Feuer. Bundeskanzler Prälat Seipel und Polizeipräsident Schober gaben der Polizei Schießbefehl. Das Ergebnis des brutalen Vorgehens waren 89 Tote und mehr als tausend Verletz-

te. Rudolf Edlinger warnte vor einer Wiederholung solcher tragischer Ereignisse. Er warf der Regierung vor, dass die Justiz wieder für Zwecke der Politik instrumentalisiert werde, wofür die Behandlung der „Spitzelaffäre“ zeuge. „Hier vor 75 Jahren musste Österreich erleben, wohin Polarisierung und Politjustiz führen kann“, sagte Edlinger. „Das dürfen wir in Österreich nie wieder zulassen.“ Der 15. Juli 1927 war der Beginn des Untergangs der Ersten Republik. Ihr folgte der Austrofaschismus und dann die Nazibarbarei.

Scharfe Kritik übte Edlinger an FP-Volksanwalt Ewald Stadler wegen dessen Rede bei einer Sonnwendfeier in Seebarn. „Wie kann man angesichts des millionenfachen Massenmordes in den Konzentrationslagern daran



Foto: Freiheitskämpfer

zweifeln, dass die Gründung der Republik eine Befreiung war?“ Edlinger forderte Stadler zum Rücktritt von seiner Funktion auf: „Er steht im Widerspruch zum Grundkonsens unserer Republik“. Doch seien die von jenem geäußerten Ansichten in der FPÖ kein Einzelfall. Die Geschichtsbetrachtung in Teilen dieser Partei sei eine „unglaubliche Verleumdung der Opfer und der Gründer der Zweiten Republik.“

## Die „neue“ Arbeiterfamilie

Wondratsch Hildegard, „Sozialdemokratie – Frau – Familie“. *Wie es in Österreich begann ...* Europäischer Wissenschaftsverlag Peter Lang, 152 Seiten, € 30,20

Wenn sich eine ehemalige Politikerin eines ideologischen Themas annimmt, ihr berufliches Wissen sich mit einer langen Lebenserfahrung paart und diese beiden Elemente in eine wissenschaftliche Untersuchung einfließen, so wird der Leser – unbeschadet seines eigenen politischen Standpunktes – nicht nur Erkenntnisgewinn, sondern auch persönliche Bereicherung aus der Lektüre dieser Arbeit ziehen. LABg. a. D. Mag. Hildegard Wondratsch hat bei ihrer Analyse der sozialdemokratischen Familienpolitik von den ideologischen Anfängen bis zum Ende der Ersten Republik unerwartete Ergebnisse erzielt, indem sie einerseits erhebliche Veränderungen der parteipolitischen Forderungen hinsichtlich der Familienpolitik untersuchte, andererseits die beharrlichen Kräfte konservati-

ver Einstellungen festmachen konnte. Dass der Gegensatz von ideologischer Überzeugung und gelebter, von tradierten Wertvorstellungen geprägter Praxis nicht nur Politiker wie Ferdinand Lassalle, August Bebel und Victor Adler mit Problemen kämpfen ließ, sondern auch das Leben der Verfasserin selbst bestimmte, deutet diese in ihrer Einleitung an.

Die Autorin führt den Leser zunächst in die bürgerliche und sozialdemokratische Familienideologie ein und macht ihn mit den Lebensformen von Arbeiterfamilien im Laufe des 19. Jahrhunderts bekannt. Anschließend untersucht sie das Werden der Frauenfrage und der Frauenorganisationen in Österreich. Verelendung der Arbeiter im und unmittelbar nach dem Weltkrieg und das im „roten Wien“ zum Teil verwirklichte Konzept einer „neuen“ Arbeiterfamilie bilden weitere Abschnitte ihrer Arbeit. Abschließend wird die Vereinbarkeit der „neuen“ Arbeiterfamilie mit der sozialdemokratischen Familienideologie diskutiert. ■

Bertrand Michael Buchmann

### Bundeshauptversammlung 2002

Der Bundesvorstand hat bei seiner Sitzung vom 12. Juni 2002 beschlossen, die statutengemäß erforderliche Bundeshauptversammlung am Samstag, dem 30. November 2002, in Wien abzuhalten. Die Tagung findet im Adolf-Czettel-Bildungszentrum der Kammer für Arbeiter und Angestellte, in Wien 4., Theresianumstraße 16 - 18, statt. Einlass ab 9.00, Beginn 10.00 Uhr.

#### Provisorische Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl der Kommissionen
3. Zur Lage nach der Nationalratswahl
4. Berichte des Bundesvorstandes
- Mittagspause
5. Auf dem Weg ins größere Europa, Dr. Hannes Swoboda, Vorsitzender der SP-Fraktion im Europ. Parlament
6. Anträge
7. Allfälliges

Teilnahmeberechtigt sind ordentliche Delegierte, Gastdelegierte und geladene Gäste. Informationen 534 27/277

# Victor-Adler-Feier in St. Pölten

**D**ie Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ waren am 22. Juni Veranstalter einer großen Victor-Adler-Feier im St. Pöltener Steingötter-Saal, an der mehr als 250 SPÖ-Vertrauenspersonen teilnahmen. Die Festrede hielt Nationalratspräsident Heinz Fischer. Er ging ausführlich auf das bewegte Leben des Einigers der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich ein. Von der Polizei immer wieder verfolgt, war Adler insgesamt 20 Monate eingesperrt, so auch am 1. Mai 1890, was die Arbeiter Wiens nicht hinderte, seinem Aufruf zur Ersten-Mai-Demonstration im Wiener Prater in Massen teilzunehmen. Adler trat entschieden gegen die Verhetzung der Menschen durch den Nationalismus auf; der Nationalitätenhass bedrohte auch die Arbeiterbewegung. Ebenso war er gegen den Krieg, konnte ihn aber letztlich ebenso wenig verhindern wie den Zerfall des alten Österreich. Adlers größter Erfolg war die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für Männer im Jahre 1907 (1919 setzten die Sozialdemokraten dies auch für die Frauen durch).

1918 zum Außenminister der Republik nominiert, starb Adler am Vorabend vor deren Ausrufung an Herzversagen. Sein Geist der Umgestaltung der österreichischen Gesellschaft und der Besserstellung des arbeitenden Volkes liegt der weitgreifenden Sozialgesetzgebung der ersten Jahre der Republik durch die Sozialdemokraten zugrunde. Auch der Vorsitzende der NÖ-Freiheitskämpfer, Karl Gruber, befasste sich eingehend mit Persönlichkeit und Werk Victor Adlers.

Er resümierte dessen historische Bedeutung und Adlers immerwährenden Auftrag an die Arbeiterbewegung mit dem Hinweis, dass durch Adler die Proletarier im 20. Jahrhundert endlich freie Menschen und gleichberechtigte Staatsbürger geworden sind. Bezeichnender Weise haben die Austrofaschisten 1934 die durch das Eisenbahnviertel führende 1922 nach Victor Adler benannte Straße sofort umbenannt,

die Nazis gaben ihr dann wieder einen anderen Namen. 1945 bekam sie wieder den Namen, auf den die Sozialdemokraten so stolz sind. Auf die Gegenwart bezugnehmend, prangerte Gruber den durch die blau-schwarze Regierung praktizierten Sozialabbau, den Gesinnungsdruck am Arbeitsplatz, die mutwilligen Ver-

setzungen und politischen Säuberungen in der Exekutive und im Hauptverband der Sozialversicherung an. Der Redner rief abschließend dazu auf, im Geiste Victor Adlers den gefährlichen reaktionären, ja geradezu konterrevolutionären Kurs der blau-schwarzen Regierung mit den Möglichkeiten der Demokratie zu stoppen. ■



Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer in St. Pölten



Noch ein paar Stricherln, dann hat's die gewohnte Form (Karikatur 1945).

## Sparen am Renner-Museum?

**W**ie Abgeordneter Dr. Hannes Bauer und der St. Pöltner Kulturstadtrat Dr. Siegfried Nasko der Landesorganisation NÖ der Freiheitskämpfer berichteten, ist seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur die Subvention 2002 für den Betrieb des Dr.-Karl-Renner-Museums in Gloggnitz zur Gänze abgelehnt worden. Namens des Landesverbandes wandte sich dessen Vor-

sitzender, LAbg. a. D. Karl Gruber, in einem Brief an Bundesministerin Gehrler, in dem er das Vorgehen des Ministeriums als „demokratieschädigend und provokativ“ bezeichnete. Er wies darin auf die Verdienste Karl Renners insbesondere in den letzten Kriegstagen 1945 hin; die Renner-Villa in Gloggnitz sei zu einer würdigen Gedenkstätte für den Mann, der damals so maßgebend an der Wiedergeburt und dem

Wiederaufbau Österreichs mitwirkte, ausgebaut worden. „Es ist deshalb für uns Freiheitskämpfer nicht zu akzeptieren, dass gerade in einer Zeit der Diskussionen über die Zeit von 1945 bis 1955 die laufende Jahressubvention für das Renner-Museum in Gloggnitz gestrichen wird“, betonte Gruber und ersuchte die Ministerin, diese Maßnahme zu überprüfen und rückgängig zu machen. ■

# Franz Vranitzkys große Leistung

Am 4. Oktober 2002 begeht Bundeskanzler a. D. Dr. Franz Vranitzky seinen 65. Geburtstag. Dreizehn Jahre lang hat er die politische Entwicklung Österreichs in entscheidenden Funktionen gestaltet. 1984 holte ihn Kanzler Fred Sinowatz als Finanzminister in sein Kabinett, womit der in der Partei lange schwärende Konflikt mit Hannes Androsch ausgeräumt war. Und es war wieder Sinowatz, der, als er sich zur Abgabe seines hohen Amtes entschlossen hatte, zugleich den Fähigsten für dessen Übernahme erkannte und benannte. Die erste konsequente Entscheidung, die Vranitzky als Bundeskanzler traf, war die Beendigung der Kleinen Koalition mit der FPÖ, nachdem diese 1986 auf ihrem Innsbrucker Parteitag den liberalen Norbert Steger durch Jörg Haider ersetzte. Nach Neuwahlen wurde die Große Koalition erneuert. Für Vranitzky war dies eine Frage von politischer Grundsätzlichkeit: Als österreichischer Patriot und aufrechter Antifaschist lehnte er es ab, weiter mit einer Partei zusammenzuarbeiten, deren neuer Führer aus seiner deutschnationalen und rechtspopulistischen Gesinnung kein Hehl machte. Vranitzky wusste zudem, dass mit einem solchen Regierungspartner Österreichs der einzuschlagende Weg nach Europa gefährdet gewesen wäre.

Franz Vranitzky war es auch, der dem durch die Waldheim-Affäre und durch das „Bedenkjahr 1988“ aufgerüttelten Gewissen Österreichs, das sich der Welt vorweg allein als Opfer Hitlers präsentiert hatte, klaren Ausdruck gab. Beim ersten Staatsbesuch eines österreichischen Bundeskanzlers in Israel bekannte er sich als oberster

Sprecher des Landes zu diesem Umdenken: „Es gab jene, die mutig genug waren, dem Wahnsinn aktiv Widerstand zu leisten oder versuchten, den Opfern zu helfen. Aber viel mehr gliederten sich in die Nazi-Maschinerie ein, einige stiegen in ihr auf und gehörten zu den brutalsten und scheußlichsten Übeltätern. Wir müssen mit dieser Seite unserer Geschichte leben, mit unserem Anteil an der Verantwortung für das Leid, das nicht von Österreich – der Staat existierte nicht mehr –, aber von einigen seiner Bürger anderen Menschen und der Menschheit zugefügt wurde ... Wir bekennen uns zu allem, was in unserer Geschichte geschehen ist, und zu den guten und schlechten Taten aller Österreicher: So wie wir für unsere guten Taten Kredit fordern, müssen wir für unsere schlechten um Verzeihung bitten – um die Verzeihung jener, die überlebt haben, und um die Verzeihung der Nachfahren der Opfer.“

Die konkrete Konsequenz aus dieser Haltung brachte unter anderem die Installierung des Nationalfonds für die Opfer, die Einleitung der Restitutionsmaßnahmen und die Berufung einer Historikerkommission zur Vorbereitung der Entschädigung der Zwangsarbeiter (deren Vollzug sich die jüngst abgetretene blau-schwarze Regierung zugute hält). Zu dieser Haltung gehörte aber auch, dass sich der Kanzler 1993 persönlich am „Lichtermeer“ beteiligte, das der Ausländerhetze Haiders eine Abfuhr erteilte. 1997 beendete Vranitzky auf eigenen Wunsch seine Kanzlerschaft. Aber auch seither hat er immer wieder vor Haiders Rechtspopulismus und vor Annäherungen an die FPÖ gewarnt. Das Fiasko der blau-



Foto: Fritsch/Sänger

## Vranitzky mit Otto-Bauer-Plakette geehrt (Ströer, Nedwed)

schwarzen Koalition hat ihm Recht gegeben.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer haben Vranitzky für seine konsequente Haltung

mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet.

Und sie gratulieren ihm mit freundschaftlichen Grüßen herzlichst zum 65er. ■

## Gratulation für drei Sechziger

Jüngst feierten drei verdiente Genossen und aufrechte Antifaschisten ihren 60. Geburtstag: am 7.9. Josef Hatzl, am 17.9. Karl Lacina, und am 20.9. Albrecht K. Konecny. Die politischen Funktionen, die der junge Arbeiter Johann Hatzl durchlief, reichten vom SJ-Obmann bis zum Bezirksvorsitzenden von Simmering. 1973 wurde er in den Gemeinderat gewählt, 1976 in den Nationalrat, von 1979 an war er Wiener Stadtrat, 1995 wurde er Klubobmann der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, seit 1999 ist er Präsident des Wiener Landtags. Als kompromissloser Kämpfer gegen Rechts hielt er die Traditionen seines Bezirks auch in der Abwehr der FPÖ-Attacken unter Führung des nunmehr abgetretenen Peter Westenthaler hoch.

Karl Lacina war von 1970 an SPÖ-Bezirkssekretär im 20. Bezirk, ab 1981 zudem auch Gemeinderat, 1987 wurde er zum

Bezirksvorsteher der Brigittenau bestellt. Lacina ist stets besonders um die Wahrung des Gedenkens an die Kämpfer gegen den Faschismus bemüht, was durch Ausstellungen, Gedenktafeln und Straßennamen in seinem Bezirk belegt wurde. Prof. Albrecht K. Konecny begann ebenfalls als Bezirkssekretär, war 1983-1986 Nationalratsabgeordneter und ist seit 1987 Bundesrat; er ist Internationaler Sekretär und ist publizistisch tätig, vor allem in der „Zukunft“; zeitweise war er auch Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“.

Von Jugend an trat er aktiv gegen antifaschistische Tendenzen auf, so als einer der Organisatoren der Demonstration gegen den antisemitischen Professor Borodajkewycz. Wir gratulieren den drei Geburtstagskindern herzlich und rechnen weiter mit ihrer wichtigen politischen Aktivität. ■



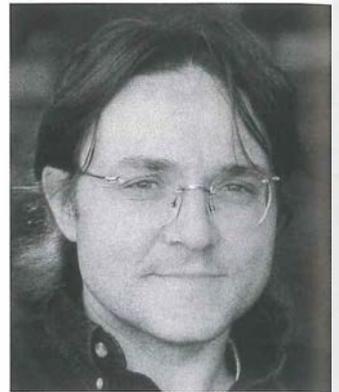
# Hochzeit in Auschwitz

**D**er österreichische Schriftsteller Erich Hackl legt ein neues Buch vor: „Die Hochzeit von Auschwitz“. Es reiht sich in die literarischen Dokumentationen ein, mit denen Hackl gegen das Vergessen und gegen die Unmenschlichkeit anspricht, wie es z. B. schon „Abschied von Sidonie“ war, in dem die Geschichte eines von den Nazis ermordeten Roma-Mädchens erzählt wird, oder „Sara und Simón“, das die Suche einer Mutter nach ihrem von argentinischen

Folterern inhaftierten Sohn schildert.

Hackl nennt sein neues Buch im Untertitel „Eine Begebenheit“. Erfahren hat Hackl diese von Leopold Spira, der ihm die Kopie einer Hochzeitsurkunde und eines Hochzeitsfotos aus dem KZ Auschwitz übergab. Damit bewies er die fast unglaubliche Heirat, die die SS dem Schutzbündler, späteren Kommunisten und Spanienkämpfer Rudi Friemel, der seit 1942 in Auschwitz interniert war und dort in der Autore-

paraturwerkstätte Zwangsarbeit leisten musste, erlaubte. Am 18. März 1944 fand diese Hochzeit statt, nachdem nach wiederholten Bittgesuchen Friemels die Spanierin Marga Ferrer mit dem gemeinsamen Söhnchen Edi hatte anreisen dürfen. Warum seinen Bitten nachgegeben wurde, weiß auch Hackl nicht. Im „profil“ sagt er dazu: „Friemels Stellung im Lager war eine relativ privilegierte und offenbar muss er so, wie er auf Frauen gewirkt hat, auch auf SSler gewirkt haben.“



**Literarische Dokumentation gegen Naziterror: Erich Hackl**

Marga durfte natürlich nicht in Auschwitz bleiben. Sie kam mit ihrem Kind schließlich nach Wien, dann nach Paris. Es gab kein Wiedersehen mit ihrem Mann: Rudi Friemel wurde nach einem misslungenen Ausbruchversuch aus dem KZ hingerichtet. Hackl steht in seinen Büchern bedingungslos zu den Opfern. Dass die Darstellung der Hochzeit – eines gewissermaßen privilegierten Gefangenen – in keiner Weise das Grauen von Auschwitz verharmlost, zeigen andere Szenen und Schicksale des Buches, so die eindringliche Schilderung einer „Selektion“ an der Rampe. Dennoch: „Für einen kurzen Moment führte die Strahlkraft eines Einzelnen das brutale und menschenfeindliche System des NS-Staates ad absurdum“ (Julia Kospach im „profil“).



**Die einzige Ausnahme, die die SS in Auschwitz machte: Hochzeitsfoto von Rudi Friemel und Marga Ferrer. Friemel durfte seine Frau nie mehr wiedersehen.**

## Wir gratulieren

**Z**um 98. Geburtstag: Christine Rois, Wien. 97. Geburtstag: Karoline Schmied, Bruck/Mur. 96. Geburtstag: Alois Prinz, Wien. 94. Geburtstag: Heinrich Helml, Attnang-Puchheim; Rupert Bock, Golling/Erlauf; Rosa Pongratz, Franz Prasser, Anton Rostocil, Franz Wrba, Wien. 93. Geburtstag: Alois Aichberger, Neunkirchen; Margarethe Edletzberger, Völkermarkt; Maria Grasgruber, Herta Panesch, Christine Sachs, Wien. 92. Geburtstag: Dir. Franz Kramer, Graz; Stefanie Doleyschi, Johanna Stein, Salzburg; Jakob Pulverer, Steindorf; Leopoldine Schwam, Wien. 91. Geburtstag: Johann Postl, Graz; Hedwig Rohata, Mödling; Maria Barock, Rudolf Gregor, Irma Mraz, Therese Pollak, Rudolf Rauscher, Anna Sagmeister, Wien. 90. Geburtstag: Leonhard Krangler, Rennweg; Karl Heinz, Fritz Weber, Fanny Winter, Wien. 85. Geburtstag:

Stefanie Schächli, Innsbruck; Maria Schnabel, Kapfenberg; Gertrude Rosenberger, Linz; Johanna König, Erna Samt, Hermine Wagner, Wien. 80. Geburtstag: Anna-Maria Färber, Angela Haslinger, Trude Hofinger, Linz; Hofrat Dr. Rudolf Schlager, Maria Enzersdorf; Herta Venc, Schwechat; Hedy Berger, Leopold Deutsch, Johann Kaplan, Walter Kölnberger, Rosa Mair, Karl Mayerhofer, Karl Medek, Ernst Pfandler, Gertrud Rein, Karl Schmiedbauer, Herbert Schuller, Helene Simku, Othmar Wieser, Wien. 75. Geburtstag: Alfred Schulz, Baden; Ök.-R. NR a. D. Franz Fux, Gföhl; Olga Doblhofer, Franz Ruhaltinger, Linz; Werner Lippert, Schwechat; Wilhelm Kern, Steyr; Herbert Balcar, Wiener Neustadt; Eva Cramm, Ernst Friedl, Rudolf Heffermeier, Josef Horvath, Franz Rössler, Erich Steiner, Margarete Tischler, Gertrude Toningner, Wien.

## 11. September – Tag des Terrors

Am 11. September 2001 hielt die Welt den Atem an. Ein durch nichts zu rechtfertigender Terroranschlag gegen das World Trade Center und das Pentagon stürzte 3.000 Zivilisten in den Tod. Die Regierung der USA erklärte daraufhin den Krieg gegen den Terrorismus. Am 11. September 2002 fanden weltweit Trauerkundgebungen statt, um der unschuldigen Terroropfer zu gedenken.

29 Jahre vorher, am 11. September 1973, putschten mit Unterstützung der Regierung der USA und des Geheimdienstes CIA rechtsradikale Generäle in Chile, ermordeten den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende, stürzten die Regierung der Volkseinheit und errichteten ein blutiges Terror-

Regime. Diktator Pinochet und der nach dem Muster der GESTAPO organisierte Geheimdienst DINA ließen viele tausend Demokraten verhaften, foltern und ermorden. Zweihunderttausend Chilenen mussten ins Ausland fliehen, um Tod und Terror zu entgehen. Mehr als 1.000 chilenische Flüchtlinge fanden unter der Regierung Kreisky solidarische Aufnahme in Österreich.

Der damalige Stv. Bundesvorsitzende der Sozialistischen Freiheitskämpfer, unser unvergessener Genosse Josef Hindels, stellte sich an die Spitze der Solidarität mit den chilenischen Demokraten und im Kampf gegen die

Pinochet-Diktatur. Der Druck der internationalen Chilesolidarität und der Kampf der chilenischen

Demokraten in und außerhalb Chiles zwangen die Diktatur in die Knie. Heute ist Chile wieder eine Demokratie, ihr Präsident ist der Sozialist Lagos. Aber noch immer ist das Schicksal hunderter während der Diktatur „verschwundener“ Chilenen nicht aufgeklärt und die Verantwortlichen, allen voran der Exdiktator Pinochet, auf freiem Fuß.

Am 11. September 2002 fand beim „Allende-Hof“ im Wiener Gemeindebezirk Simmering zum Gedenken an den Tod von Präsident Salvador Allende und der vielen anderen Opfer des Terrors der Pinochet-Diktatur eine Kundgebung der österreichisch-chilenischen Freundschaftsgesellschaft statt, an der Vertreter der Wiener Freiheitskämpfer teilnahmen. Wir Freiheitskämpfer verurteilen jede Form des Terrors,



Foto: Archiv

### Salvador Allende – am 11. September 1973 ermordet

von wem immer er ausgeht, von wem immer er unterstützt wird. Wir verurteilen gleichzeitig jene Politik, die im Zeichen des „Krieges gegen den Terror“ die Demokratie aushöhlt und Menschenrechte verletzt. ■

Alfred Kohlbacher

## Koloman-Wallisch-Kantate in Bruck a. d. Mur und in Wien-Donaustadt

Unter der Schirmherrschaft von Brechts Tochter, Hanne Hiob, bringt die Gruppe „Roter Pfeffer Bremen“ eine Kantate, mit Texten

von Bertolt Brecht und musikalischem Material von Hanns Eisler, zur Erinnerung an den von den Austrofaschisten nach dem Februar 1934 hingerichte-

ten sozialdemokratischen Abgeordneten und Führer des steirischen Schutzbundes, Koloman Wallisch, zur Aufführung. Als Bertolt Brecht

wagt haben, weil sie ihnen Mut gemacht hat. Auch den Mut, damit Fragen aufwerfen zu wollen, die momentan nicht in Mode sind: Soll man kämpfen, ohne die Sicherheit zu haben zu siegen? Kann aus Niederlage Sieg entstehen?

Die österreichische Uraufführung der Koloman-Wallisch-Kantate wird von der obersteirischen Landesgruppe der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, in Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Organisationen, am 5. Oktober 2002, 20 Uhr, im Stadtsaal Bruck/Mur, Josef-Graf-Gasse 9, veranstaltet. Eine weitere Aufführung findet am 7. Oktober 2002, 18.30 Uhr, im Haus der Begegnung Donaustadt, Wien 22, Bernoullistraße 1, statt. ■



Bremer Jugendliche ehren Andenken von Koloman Wallisch

Foto: Roter Pfeffer

# Bericht unseres Bundes an den SPÖ-Parteitag am 27. 10. 2002

**G**rundsätzliches: Wann immer das Thema KZ- und Opferverbände zur Sprache kommt, wird gefragt, ob diese Organisationen heute noch eine Existenzberechtigung haben, oder anders ausgedrückt, ob sie noch Aufgaben zu erfüllen haben. Diese Frage ist eindeutig mit „JA“ zu beantworten. Und zwar aus folgenden Gründen:

Das im Jahr 1947 beschlossene Bundesgesetz über die „Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung“ weist den Opferverbänden ganz bestimmte Aufgaben zu. Unter anderem gehören den laut Gesetz zu bildenden, beim BM für soziale Sicherheit und Generationen und den Landesregierungen eingerichteten Opfer- und Rentenkommissionen Vertreter der drei KZ- und Opferverbände, des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, des Bundesverbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten sowie der Israelitischen Kultusgemeinde, an. In den erwähnten Kommissionen haben die Opferorganisationen die Interessen der von den Nationalsozialisten aus politischen oder aus Gründen der Abstammung verfolgten Männer und Frauen und deren nahen Angehörigen zu vertreten.

**Eine weitere Aufgabe** unseres Bundes ist es, im Sinne der österreichischen Sozialdemokratie über die Geschehnisse der Jahre 1934 bis 1945 Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Dazu gehört ganz besonders die Aufklärungsarbeit über politische Gefahren, die von Erscheinungen wie Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus ausgehen.

Damit sind die Ziele des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus klar definiert:

„Erinnern, Mahnen, Warnen, der Opfer gedenken, den Überlebenden helfen und dafür kämpfen, dass nie wieder Faschismus, Antisemitismus und politische Intoleranz eine Chance haben“.

## Die Arbeit der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer

Neben der oben erwähnten gesetzlich festgelegten Aufgabe des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer ist die Zusammenarbeit mit den oben erwähnten KZ-Verbänden, dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (einer Gründung der Opferverbände) sowie in- und ausländischen Lagergemeinschaften, Interessenvertretungen, KZ-Gedenkstätten, Einrichtungen der politischen Bildung und Zeitzeugenprojekten ein wichtiger Tätigkeitsbereich. Darüber hinaus ist es ein Anliegen des Bundes, jüngere an der Thematik interessierte Frauen und Männer für unsere Arbeit zu interessieren, damit die Erfüllung unserer Aufgaben auch in der Zukunft gesichert ist. Dafür wurde das Statut im Sinne einer Öffnung für jüngere Antifaschisten geändert.

**Eine wichtige Aufgabe** ist die Beobachtung der politischen Szene und der Kampf gegen rechtsextreme Aussagen, insbesondere von Politikern, aber auch von Vertretern deutscher nationaler oder ähnlicher Organisationen. In Presseaussendungen und im Internet sowie in unserer Zeitung erhebt der Bund seine Stimme gegen alle Formen des Nazismus, Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit. Eine wichtige Unterstützung unserer Arbeit bildet unsere mindestens viermal jährlich erscheinende Mitgliederzeitschrift „Der Sozialdemokratische Kämpfer“ und unsere unter <http://www.freilheitskaempfer.at> im Internet aufzufindende Homepage. Redakteur unserer Zeitschrift ist der ehemalige Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Dr. Manfred Scheuch. Eine wichtige Aufgabe unseres Bundes ist die Interessenvertretung der überlebenden Opfer des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus. Durch die Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich besteht die Notwendigkeit, unsere betroffenen Mitglieder und auch andere Ratsuchende über die Möglichkeiten einer Entschädigung zu informieren. Auch die Zwangsarbeiterentschädigungen und die Restitution erfordern eine ständige Information unserer Mitglieder über die diversen Fonds – „Österreichischer Versöhnungsfonds“, deutsche Stiftung „Erin-

nerung, Verantwortung und Zukunft“, „Novelle des Nationalfondsgesetzes“, „Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus“. Dies erfolgt in unserem Sekretariat, das damit auch eine wichtige soziale Funktion erfüllt. Da ursprünglich nur ausländische Zwangsarbeiter, die in der damaligen Ostmark Zwangsarbeit geleistet haben, im österreichischen Versöhnungsfondsgesetz berücksichtigt werden sollten, hat der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer sich bei der Regierungsbeauftragten, Dr. Maria Schaumayer, dafür eingesetzt, dass auch Österreicher in die Zwangsarbeiterregelung einbezogen werden. Im Gremium des „Österreichischen Versöhnungsfonds“ ist unser Bund durch den Vorsitzenden, Prof. Alfred Ströer, vertreten. In der zentralen Opferfürsorgekommission befinden sich sowohl im Bund als auch in den Ländern Vertreter der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer. Ein Gesetzesentwurf, mit dem die Opfer- und Rentenkommissionen aufgelöst und in das Bundessozialamt integriert worden wären, wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände beim Ministerium für soziale Sicherheit und Generationen beeinsprucht, wodurch die Rücknahme dieses Teils des Gesetzesantrages zurückgezogen wurde.

## Aktionen und Veranstaltungen

Zu den jährlich stattfindenden Veranstaltungen zählen die Erinnerung an die Geschehnisse am 12. Februar 1934, die Gedenkveranstaltungen für die ermordeten Opfer des Faschismus und des Naziregimes um den 1. November, die Teilnahme an der Internationalen Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, die Gedenkfeier für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938 bis 1945 in der Gedenkstätte in der Salztorgasse. Dies ist der Ort, an dem die Gestapo Wien ihre Zentralstelle hatte und an dem später ein Wohnhaus errichtet wurde. Diese jährlich um den 13. März stattfindenden Gedenkfeiern werden jeweils von Schülern und Schülerinnen der Wiener Schulen gestaltet. Ebenso finden am Floridsdorfer Spitz, im Hinrichtungsraum des Wiener Landesgerichtes und an mehreren anderen Gedenkstätten Gedenkkundgebungen statt. Delegationen der drei oben erwähnten Opferverbände geden-

ken jeweils am 6. April, in Stein an der Donau, der 368 am 6. April 1945 im Bereich des Gefangenenhauses Stein ermordeten Häftlinge. Auf Einladung des Parlamentspräsidenten, Dr. Heinz Fischer, nehmen die Opferverbände jährlich an der um den 5. Mai, dem Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen 1945, stattfindenden Gedenkfeier im Parlament teil. Bei dieser Feier wird in Ansprachen der Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates sowie mit künstlerischen Darbietungen an die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten erinnert. Gedenkfahrten nach Hochwolkersdorf in NÖ, dem Verhandlungsort, wo im April 1945 die Gespräche zwischen Offizieren der Roten Armee und Vertretern der österreichischen Widerstandsbewegung stattfanden, sowie zu den ehemaligen Konzentrationslagern Auschwitz, Flossenbürg, Ebensee und Heuberg fanden im Berichtszeitraum statt. Im November 2001 nahmen in Riga Vertreter des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, an der Einweihung des Mahnmals für die 28.000 aus allen Teilen Deutschlands und die 4.000 aus Wien stammenden Juden teil. Unter den Namen der Ermordeten finden sich auch die der Eltern von Josef Hindels.

**Auf Initiative** des Vorsitzenden des Landesverbandes Niederösterreich wurde vor dem Haus der niederösterreichischen SPÖ-Landesorganisation ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Opfer der faschistischen Diktaturen 1934 bis 1945 enthüllt. In Wien und den Bundesländern wurden zwei Ausstellungen anlässlich des 100. Geburtstages der langjährigen Vorsitzenden unseres Bundes, Rosa Jochmann, gezeigt. Eine Ausstellung wurde von Prof. Herbert Exenberger im Rahmen des Bezirksmuseums Simmering und die zweite Präsentation im Zusammenwirken der SPÖ-Bundesfrauen, des Vereins für die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer gestaltet. Ebenso wurde eine Ausstellung über das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz in mehreren Bundesländern gezeigt.

**Der Landesverband Burgenland** kann auf eine gute Veranstaltungstätigkeit verweisen. Im Jahr 2001 wurde im Kulturzentrum Matersburg, anlässlich des 80-jährigen Bestehens des Burgenlandes, eine Gedenkfeier mit starker medialer Unterstützung für die Opfer des Widerstandes abgehalten. Weiters wird jährlich der im Lager Lackenbach internierten und



Freiheitskämpfer bei Gedenkundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen

später in Konzentrationslagern ermordeten Sinti und Roma gedacht, woran auch viele Mitglieder unseres Bundes aus Wien teilnehmen.

**Unsere Landesverbände** in Tirol, Salzburg und Oberösterreich entfalten eine starke Aktivität auf dem Gebiet der Aufklärung und der Gewinnung junger Menschen für eine antifaschistische Tätigkeit innerhalb unseres Bundes. In Oberösterreich fand durch die Wahl eines jungen Landesvorsitzenden ein Generationswechsel statt. Auch in Kärnten wurde ein jüngerer geschäftsführender Vorsitzender gewählt. In der Steiermark, wo es zwei Organisationen – Obersteiermark und Graz und Umgebung – gibt, gibt es Gespräche zur Schaffung eines gemeinsamen Landesverbandes. Alle diese Landesverbände veranstalten zu den Gedenktagen Kranzniederlegungen, Feiern und Kundgebungen, um an die Opfer des Kampfes für die Demokratie und für Österreich zu erinnern.

**Der größte Landesverband**, Wien, ist auch verantwortlich für die zentralen Kranzniederlegungen und Kundgebungen bei den Gedenkstätten auf dem Zentralfriedhof, in der Krypta am Heldenplatz – in der es eine Gedenkstätte für die Widerstandskämpfer gibt. Ebenso finden bei der Gedenktafel Am Hof für die hingerichteten Wiener Feuerwehrmänner sowie beim Denkmal am Morzinplatz Veranstaltungen statt. Der Landesverband hielt gemeinsam mit der Wiener SPÖ-Bildungsorganisation im Karl-Czernetz-Bildungszentrum im Jahre 2000 das 8. und im Jahre 2001 das 9. Josef-Hindels-Symposium ab. Am 1. Mai präsentierten die Wiener Freiheitskämpfer auf

einem Informationsstand Zeitungen und Broschüren über Widerstand, Rassismus und Rechtsextremismus. Eine Reihe der Wiener Bezirksgruppen betreuen in ihren Bezirken Denkmäler und Gedenktafeln für die Opfer des Faschismus. Außerdem fanden in den Bezirksgruppen Exkursionen, Fahrten und Bildungsvorträge statt.

**Im November 2000** wurde in der NÖ Arbeiterkammer, in Wien, die Bundeshauptversammlung abgehalten, bei der BM a. D., Abg. z. NR Dr. Caspar Einem das Hauptreferat hielt. Die Bundeskonferenz befasste sich mit der politischen Situation, die unter der neuen blau-schwarzen Regierung entstanden ist.

**Nicht unerwähnt** soll bleiben, dass wir diese Aktivitäten nur dank des großen zeitlichen Einsatzes unseres Bundesbüros, der Landesverbände und ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bewältigen können. Für die Unterstützung unserer Arbeit danken wir den SPÖ-Organisationen, insbesondere der SPÖ-Bundesgeschäftsführung, aber auch der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter innerhalb des ÖGB und der Arbeiterkammer.

#### Für das Präsidium:

##### **Bundesvorsitzender**

NR a. D. Prof. Alfred Ströer,

**Ehrenvorsitzende Komm.-R. Erna Musik,**

**Bundessekretärin Edith Krisch,**

##### **Stellvertretende Vorsitzende**

LABg. a. D. Karl Gruber,

Stadtrat a. D. Fritz Inkret,

Maria Kaiser,

NR a. D. Ing. Ernst Nedwed.

# Helene Potetz zum Gedenken

Am 6. September luden EU-Abgeordneter Dr. Hannes Swoboda und Stadträtin Dr. Elisabeth Pittermann zu einer Gedenkfeier vor dem Eingang zum „Helene-Potetz-Hof“ (Wien 12, Rosenhügelstraße 35) für die aufrechte Antifaschistin und langjährige Gemeinderätin Helene Potetz zu deren 100. Geburtstag. Helene Potetz, die schon in jungen Jahren in der Bildungszentrale der SDAP tätig war, schloss sich nach der Zerschlagung der Partei 1934 den Revolutionären Sozialisten an. Nach dem Tod von Paula Mraz-Mistingger leitete sie den Transportapparat, mit dem die illegale „Arbeiter-Zeitung“ und sozialistische Flugblätter aus der Tschechoslowakei nach Österreich geschmuggelt wurden. Nach ihrer Teilnahme an der Brünner Konferenz zum Jahreswechsel 1934/35 ging sie in den

Untergrund, wurde aber 1937 von der Schuschnigg-Polizei verhaftet; ihr drohte die Anklage wegen Hochverrats, doch im Zuge der Februaramnestie 1938 ging sie frei. Im August 1939 wurde sie von der Gestapo verhaftet. Die Anklage warf ihr marxistische Betätigung vor. Nach zwei Jahren Zuchthaus wurde sie in das KZ Ravensbrück deportiert. 1943 holte sie die Gestapo nach Wien und bot ihr gegen Spitzeldienste die Freilassung an. Obwohl Helene Potetz die Hölle des KZs kannte, sagte sie ohne Bedenken nein. Nach Kriegsende, als Rosa Jochmann und Friedl Sedlacek nach Wien fuhren, um die Heimtransporte aus dem KZ zu organisieren, blieb sie noch bei den Kranken im Lager. Dann, wieder in Wien, adoptierte sie, die, wie ihre Freunde sagten, „zeitlebens mit der Partei verheiratet war“, einen Zweijährigen, den ein deutsches

Ehepaar hier zurückgelassen hatte und zog ihn groß. 1945 sofort wieder in ihrem Heimatbezirk Meidling politisch aktiv, wurde sie bei den ersten freien Wahlen in den Wiener Gemeinderat gewählt; 1954–1959 war sie dessen Vorsitzende. 1967 legte sie ihre öffentlichen Funktionen aus gesundheitlichen Gründen zurück. Am 3. September 1987 ist sie in Wien verstorben. Bruno Kreisky schrieb damals in der AZ unter anderem über seine nächtliche Wiederbegegnung mit Helene Potetz nach seiner Rückkehr aus dem schwedischen Exil: „... So saßen wir in dem Quartier, das ich 1946 zugewiesen erhalten hatte, und sprachen die ganze Nacht über das, was gewesen ist, aber noch mehr über das, was sein soll. Denn das Sein-Sollende glaubten wir zu wissen. Helene Potetz hat viel zur Auferstehung der Partei und ihres guten Geistes

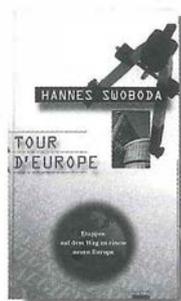


Lieber KZ-Hölle als Spitzel für Gestapo: Helene Potetz

beigetragen. Sie hat in ihrer Person ein gutes Stück Geschichte der Arbeiterbewegung verkörpert, und von deren 100 Jahren sind sicher mehr als 60 von ihr mitgestaltet worden, in der schlichten, aber tief wirkenden Art der Zehntausenden Vertrauensfrauen und -männer ...“ ■

## Wegweiser zur „Osterweiterung“

Mit der EU-Erweiterung werden zehn neue Mitglieder in die Familie Europa aufgenommen – mit all ihren Hoffnungen und Erwartungen, aber auch mit manchen Problemen. Zu der so genannten „Osterweiterung“ (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) kommen noch die Inselstaaten Malta und Zypern. Hannes Swoboda, langjähriger sozialdemokratischer EU-Abgeordneter, hat sich auf Spurensuche in etliche Städte der Beitrittskandidaten, aber auch in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, in die Türkei und nach Marokko begeben. In dem Buch „Tour d'Europe“ (Wieser Verlag, Klagenfurt) zeigt er Probleme dieser Länder



auf und geht den Fragen nach, wie Europa zu einer eigenen Identität finden kann oder wie es gelingen wird, die neuen Kulturen als gegenseitige Bereicherung zu erleben. Über den Rechenschaftsbericht eines prominenten EU-Abgeordneten hinaus gibt er so eine informative Übersicht über aktuelle Entwicklungen, auch innerhalb der Europäischen Union, und lässt einen Blick „hinter die Kulissen“ von Brüssel und Straßburg tun. „Die Erweiterung der Union ist und bleibt ein Risiko, aber ein Risiko, das wir eingehen müssen und das auch bewältigbar ist“, ist Swoboda umso mehr überzeugt, auch für die westeuropäische Stabilität.

Die geschichtliche Entwicklung unserer Nachbarstaaten im Osten, die in naher Zukunft der EU angehören werden, ist in Österreich für viele Menschen kaum bekannt. In der Überzeugung, dass Wissen um die Vergangenheit eine Voraussetzung für das bessere Verständnis der Gegenwart ist, hat Manfred Scheuch in seinem neuen historischen Atlas „Das größere Europa“ (Verlag Christian Brandstätter, Wien) die wechselvolle Geschichte der Länder der künftigen „Osterweiterung“ dargestellt. Die Völker, die nun an der Schwelle zur EU stehen, waren in der Geschichte Europas Jahrhunderte lang eher dessen Stiefkinder. Sie waren überregio-



nen Mächten untertan – Russland, Habsburg, dem Sultan –, die ihre meist weit zurückliegende Eigenstaatlichkeit überdeckten; manche – Slowaken und Slowenen – galten sogar als „geschichtslos“, eine sinnwidrige Bezeichnung, die der historischen Realität nicht standhält. Scheuch stellt die Entwicklung dieser Völker und Länder von den Anfängen bis in die unmittelbare Gegenwart dar. Dieser ersten „Osterweiterung“ werden weitere Annäherungen, zunächst wohl in Südosteuropa, folgen. Scheuchs Buch gewinnt durch die übersichtliche Darstellung und durch 238 meist farbige Abbildungen und 31 Karten den Wert eines Nachschlagewerks. ■

# 1932: Der Tod des Karl Tlasek

**D**ass Tlasek fallen musste, daran tragen die Methoden des politischen Kampfes, die von den Hakenkreuzlern aus Deutschland nach Österreich gebracht wurden, die Hauptschuld. Es hat noch nie vor diesen in Österreich eine politische Partei gegeben, die sich so wenig um die ihr von der Polizei vorgeschriebenen Pflichten kümmerte wie diese. Den Nationalsozialisten war es von der Polizei verboten worden, bei ihrem Umzug die Simmeringer Hauptstraße zu verlassen. Sie kümmerten sich einen Pfifferling darum“. Zu diesem Urteil kamen die Kollegen des Simmeringer Rayonsinspektors Karl Tlasek, der bei dem Überfall der aus ganz Wien herbeigeeilten Natio-

nalsozialisten auf das Simmeringer Arbeiterheim am 16. Oktober 1932 in Ausübung seines Dienstes erschossen wurde.

Karl Tlasek, Sohn einer armen Arbeiterfamilie, wurde am 13. Dezember 1897 in Erdberg geboren. Nach zweijährigem Dienst in der Stadtschutzwache meldete er sich zur Sicherheitswache und war seit 1920 als Polizist in Simmering tätig. Neben seinem Beruf, seinem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Engagement widmete er sich dem Polizeisport. Nach dem blutigen Ereignis am 16. Oktober in der Drischützgasse kam es in der Folge zu einer Hausdurchsuchung mit anschließender Verwüstung des Arbeiterheims durch Polizisten, bei der auch ein

Redakteur des nationalsozialistischen Blattes „Deutschösterreichische Tageszeitung“ mitwirkte. Die zur Sicherung ihres Arbeiterheimes anwesende 1. Kompanie des Alarmbataillons Laurenz Widholz des Republikanischen Schutzbundes Simmering wurde bei dieser „Amtshandlung“ in unmenschlicher Weise geschlagen, der Sekretär der sozialdemokratischen



Inspektor Karl Tlasek

Bezirksorganisation Simmering, Georg Medwed, durch einen Säbelhieb der Polizei am Kopf verletzt. Das feierliche Begräbnis von Karl Tlasek fand am 21. Oktober 1932 auf dem Wiener Zentralfriedhof statt. Nach der Heimkehr vom Friedhof fand die Witwe einen Schmähbrief schrecklichen Inhaltes vor. „Die unsägliche Gemeinheit dieser Leichenschändung ist jenseits alles Menschlichen; die Nazibestie hat sich selbst überboten“, schrieb die AZ dazu. Am 16. Oktober 1938 enthüllten die Nationalsozialisten ohne Skrupel auf der Fassade des ehemaligen sozialdemokratischen Parteiheimes in der Drischützgasse eine Gedenktafel für zwei SA-Männer, die beim Sturm auf das Arbeiterheim erschossen wurden. Nach den Jahren der nazistischen Ge-

## Jochmann 1932

**R**osa Jochmann schrieb 1932 in der „Frau“ in einem leidenschaftlichen Beitrag gegen das Vorgehen der Polizei bei der Waffensuche im Arbeiterheim unter anderem: „Und auch nicht die Büste unseres unvergesslichen Führers Victor Adler, dem auch die gehässigsten Gegner die Achtung nicht versagen konnten, hat ihren Eifer unterbrochen. Sie warfen die Büste zur Erde, wohl wissend, dass er es war, der den Samen der Liebe gelegt hat in die Herzen der unterdrückten Arbeiterschaft, und haben der Büste die Augen ausgestochen ... Aber sie haben nicht erreicht, was sie zu erreichen beabsichtigten, sie konnten wohl unsere rote Fahne, mit den Füßen beschmutzt, in den Hof werfen, sie konnten wohl die Büste unseres geliebten Victor Adlers vom Sockel werfen, in uns aber wird mehr als je die Liebe zum Sozialismus brennen ...“

waltherrschaft wurde am 13. Oktober 1946 von Bürgermeister Körner die Gedenktafel für Karl Tlasek in der Drischützgasse 4 enthüllt. Weiters erinnern im Bezirk seit 24. April 1984 der Karl-Tlasek-Hof in der Lorystraße 16–18 und die Tlasekgasse an den sozialdemokratischen Rayonsinspektor, an diesen pflichtbewussten Wahrer des Rechts.

Herbert Exenberger



Aus der „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Oktober 1932

## Rettendes Exilland Mexiko

**D**emnächst erscheint ein neuer Band der vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegebenen Reihe „Österreicher im Exil“. Nach Frankreich, Belgien, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion wurden auch die Quellen und Zeugnisse für das Exil von Österrei-

chern in Mexiko 1938–1947 zusammengetragen. Die Dokumentation beleuchtet den formellen Protest der mexikanischen Regierung vor dem Völkerbund gegen den deutschen Einmarsch und die Annexion Österreichs (die Protestnote blieb bekanntlich die einzige), zeigt die Position des Nationalsozialismus in Mexiko

auf, stellt die Fluchtwege und die Situation der österreichischen Flüchtlinge sowie deren Organisationen dar und behandelt schließlich die schwierigen Rückkehrprobleme der Exilanten. Der Historiker Friedrich Katz spricht in seinem Vorwort der aktiven und großzügigen Solidaritätspolitik Mexikos gegenüber Flücht-

lingen vor der Hitlerbarbarei höchste Anerkennung aus. „Unserer Familie“ (der Familie des Schriftstellers Leo Katz) „hat die mexikanische Politik, die uns Asyl gewährte, das Leben gerettet, denn wir wären von den Nazis sowohl aus politischen als auch aus ‚rassischen‘ Gründen ausgerottet worden“, schreibt Katz. ■

# Wallenberg, ein Held der Menschlichkeit

Inmitten des Donauspitals (SMZ Ost, Wien 22, Langobardenstraße 122) wurde am 4. September eine bedeutsame Ausstellung eröffnet. Sie ist dem Wirken des Schweden Raoul Wallenberg gewidmet, der 1944 zahlreiche Budapester und nach Ungarn geflüchtete (auch Wiener) Juden vor der Deportation in die Vernichtungslager gerettet hat. Wallenberg ist seit Jänner 1945 verschollen; vermutlich ist er der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zum Opfer gefallen. Im heurigen Sommer wäre Wallenberg 90 Jahre alt geworden. Nach ihm ist seit zwei Jahren in Kaisermühlen eine Gasse benannt.

Der Antisemitismus der ungarischen Rechten war älter als das Bündnis Ungarns mit Hitlerdeutschland. Schon der „weiße Terror“ bei der Niederschlagung der Räteregierung 1919 richtete sich insbesondere gegen die Juden, die ohne Differenzierung als Gefolgsleute von Béla Kun betrachtet wurden. Nach der Übernahme der Staatsmacht durch den „Reichsverweser“ Nikolaus Horthy wurde das erste antisemitische Gesetz Europas beschlossen: Es legte einen Numerus clausus von 6 Prozent für die Zulassung jüdischer Studenten fest.

Hitlers Gunst erlaubte Ungarn die ersehnte Revision der Grenzen: Die Südslowakei, die Karpatoukraine, Nordsiebenbürgen und die Batschka wurden zwischen 1938 und 1941 den Nachbarn abgenommen. Der Preis dafür war hoch: Horthy musste als Hitlers Verbündeter Truppen gegen Jugoslawien, dann gegen die

Sowjetunion in den Krieg ziehen lassen.

Dennoch lebten die Juden, zumal in Alt-Ungarn, in den ersten Kriegsjahren relativ sicher. Zwar gab es Exzesse ungarischer Besatzer gegen Juden in den annektierten Gebieten, und die in die ehemalige Tschechoslowakei geflüchteten ausländischen Juden wurden nach dem Überfall auf die Sowjetunion an die Deutschen ausgeliefert. Doch Horthy weigerte sich, seine jüdischen Bürger deportieren zu lassen. Hitler selbst protestierte zweimal bei der ungarischen Regierung gegen die „unentschlossene und unwirksame Handhabung der jüdischen Frage“.

Nach der Kapitulation Italiens und der Wende des Krieges im Osten wollte auch Horthy aus dem Bündnis mit Berlin aussteigen. Die Deutschen aber waren misstrauisch geworden: am 19. März 1944 wurde Ungarn von der Wehrmacht besetzt. Mehr als eine Dreiviertelmillion Juden standen nun unter der Naziherrschaft. Eichmann begann sofort mit Durchführung der „Endlösung“. Zuerst in den neu gewonnenen Gebieten, dann auch in Ostungarn wurden die Juden aus ihren Wohnorten vertrieben und zunächst in Ghettos und Lagern untergebracht. Dann begannen die Deportationen. Persönliche Appelle des Schwedenkönigs Gustav V. und von Papst Pius XII. bei Horthy erreichten, dass dieser den Abtransport der Budapester Juden verweigerte. In dieser Situation kam Raoul Wallenberg, ein erfolgreicher schwedischer Export-

kaufmann, ausgerüstet mit einem Diplomatenpass, nach Budapest. Aus reiner Menschlichkeit wollte er helfen, die Budapester Juden zu retten. Die Möglichkeit dazu bot sich durch Ausstellung von Schutzpässen des neutralen Schwe-

den. Wallenberg gewann das Vertrauen einiger hoher Beamter, die ihn in seiner Tätigkeit unterstützten; Tausende Schutzpässe wurden ausgestellt. Von Horthy, der zwar ein Antisemit, aber kein Massenmörder war, erwirkte Wallenberg das Recht, Sammelpässe auszustellen. Himmler trat über Mittelsmänner in Verhandlungen mit Wallenberg ein in der Illusion, durch Verzicht auf weitere Deportationen einen Separatfrieden mit den Westmächten erreichen zu können.

Am 14. Oktober 1944 versuchte Horthy noch einmal den Absprung, indem er über das Radio einen Waffenstillstand verkündete. Sofort wurde er von der SS in „Schutzhäft“ genommen und ins Reich verbracht.

Nun begann die Schreckensherrschaft des von den Deutschen eingesetzten Ferenc Szálasi, des Führers der faschistischen Pfeilkreuzler. Alle Schutzbriefe wurden sofort für ungültig erklärt. Es begann eine erbarmungslose Jagd auf die Juden Budapests. Es kam zu Massakern, 70.000 Juden wurden in ein Ghetto gesperrt. Wallenbergs Zivilcourage kannte keine Grenzen: Trotz den Drohungen Eichmanns und dann der Pfeil-



**Retter der Budapester Juden:  
Raoul Wallenberg**

kreuzler setzte er sich weiter für die Juden ein, sorgte für Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten in das Ghetto und schützte immer wieder Juden vor den Pogromen der Faschisten.

In den schweren Kämpfen um Budapest überschritt Wallenberg die Frontlinie, um die Russen zu bewegen, schneller in Richtung des Ghettos vorzudringen.

Am 17. Jänner 1945 war der Stadtteil Pest in der Hand der Roten Armee. An diesem Tag wurde Wallenberg zum letzten Mal gesehen. Er wollte zum Oberkommando nach Debreczen, um Lebensmittel für die verhungerten Juden zu beschaffen. Angeblich wurde er als mutmaßlicher amerikanischer Agent festgenommen. Im Jahr 2001 stellte eine schwedisch-russische Kommission fest, Wallenberg sei am 7. Juli 1947 in der Ljubanka, dem Sitz des NKWD in Moskau, verstorben. Auf welche Weise, wurde nicht geklärt.

„Die zivile Courage eines Einzelnen vermag in Kriegs- und Terrorzeiten die Feigheit und Verrohung von Millionen aufzuwiegen – als ein Signal der Hoffnung“: So würdigte der „Spiegel“ Wallenbergs mutige Menschlichkeit. ■

*Manfred Scheuch*

# Nürnberg: Entschleierter Nazi-Mythos

## Das Dokumentationszentrum im ehemaligen Reichsparteitagsgelände

**D**er deutsche Bundespräsident Johannes Rau hat am 4. November des Vorjahrs in Nürnberg auf dem heute noch vier Quadratkilometer großen ehemaligen Reichsparteitagsgelände der Nationalsozialisten ein Dokumentationszentrum (mit angeschlossenen Studienforum) eröffnet. Es liegt im Nordflügel der Kongresshalle, jenem unvollendeten, für bis zu 50.000 Menschen geplanten Kongresszentrum der NSDAP.

Das Dokumentationszentrum will die NS-Parteitage darstellen und die Faszination erklären, die sie auf die Menschen ausübten. Diesem Mythos, von dem sich Millionen blenden ließen, wird ein ungeschminktes Bild der systemimmanenten Gewalt gegenübergestellt, wie sie sich gerade auch in der Nürnberger Veranstaltung manifestierte. Zentrales Thema sind die Ursachen und Folgen der verbrecherischen Machtausübung des NS-Staates. Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände setzt ein Zeichen zeitgenössischer Architektur.

Der Grazer Architekt Prof. Günther Domenig bezieht mit seinem Entwurf eine überzeugende Gegenposition zur NS-Architektur. Wie ein Pfahl bohrt sich ein 130 Meter langer gläserner Sarg diagonal durch das Gebäude und stört nachhaltig die rechtwinklige, steinerne Machtdemonstration der Nazis. (Das Gelände steht seit 1973 als Beispiel für den „Kolossalstil des Dritten Reiches“ unter Denkmalschutz.)

In der Dauerausstellung, die sich in 19 Einzelthemen gliedert, wurde bis auf wenige technisch bedingte Adaptionen nicht in die vorhandene denkmalgeschützte Bausubstanz eingegriffen. Die Ausstellungsräume blieben wei-

testgehend im Rohzustand des Jahres 1939, als die Baumaßnahmen bei Kriegsbeginn eingestellt wurden. Es sollte in keiner Weise „vollendet“ werden, wozu die nationalsozialistischen Bauherren nicht mehr im Stande waren. Die „museen der Stadt Nürnberg“ konzipierten die Ausstellung als eine Geschichtserzählung, die sich zahlreicher Bild-, Ton- und Filmdokumente mit Bezug zu den Reichsparteitagen bedient. Weiters werden Modelle und computer-generierte Rekonstruktionen (auch der vorgesehenen Gesamtplanung) eingesetzt.

Der „Erzählfluss“ ist im Wesentlichen chronologisch; er setzt in den 1920er Jahren ein und endet – mit Filmausschnitten über den Verlauf der Nürnberger Prozesse – nach dem Zweiten Weltkrieg. Bemerkenswert ist u. a., in welcher Weise anhand von Filmbeispielen die pseudo-religiöse Inszenierungsabsicht gezeigt wird, mit der die Nazis auf die Gefühle der Menschen abzielten.

Die Gegenüberstellung von Ausschnitten aus Leni Riefenstahls berühmt-berüchtigtem Film „Triumph des Willens“ von 1934 mit anderem dokumentarischen Material sowie Fernsehbildern aus dem Jahr 1936 zeigt, in welchem Umfang Riefenstahls Film eine „Inszenierung einer Inszenierung“ und keine „Dokumentation“ ist. Die Ausstellung endet mit einem starken Symbol: ein Scherbenhaufen mit einer zerschlagenen Hitlerbüste sowie ein demoliertes Blechhäferl im NS-Design.

Die ersten Reichsparteitage der NSDAP hatten in München (1923) und Weimar (1926) stattgefunden. Ab 1927 war Nürnberg der auserwählte Ort (1929, 1933–1939). Die Ortswahl war zunächst auch als eine Provokation der starken sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Stadt getroffen worden. Zu-

dem wollten die Nazis die gedankliche Brücke von der Stadt der mittelalterlichen Reichstage zur „Stadt der Reichsparteitage“ bauen. Der NS-Oberbürgermeister sprach von Nürnberg als der „deutlichsten aller deutschen Städte“. Nach der Annexion Österreichs wurden hierher die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reichs und die Reichskleinodien aus der Wiener Hofburg verfrachtet. Dass der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 in Nürnberg stattfand, lag weniger an der Symbolik als daran, dass die USA auf der Durchführung des Prozesses in ihrer Besatzungszone bestanden und nur in Nürnberg ein unzerstörtes Gerichtsgebäude und ein geeignetes Gefängnis zur Verfügung standen.

Die Ausstellung ist seriös und gut gemacht; die Präsentation erfolgt im Hinblick darauf, dass sie auch für jüngere Besuchergenerationen, die die NS-Zeit nicht mehr persönlich erlebt haben, auch ohne Führung verständlich und erschließbar ist. Eine Kritik erscheint mir allerdings angebracht: Der Klassencharakter der nationalsozialistischen Herrschaft wird nicht oder nur schwach herausgearbeitet. Die politischen Hauptziele Vernichtung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften sowie die Unterwerfung Europas im Interesse der deutschen Großindustrie und des Großkapitals geschahen im Interesse der herrschenden Klassen und nicht, weil die Nazis eben böse Menschen waren.



Foto: Kettig

**Wie ein Pfahl bohrt sich die moderne Architektur des Grazer Architekten Günther Domenig in die Machtdemonstration des geplanten NS-Kongresszentrums.**

### Ausbau der Gedenkstätte KZ Flossenbürg

**D**ie Gedenkstätte KZ Flossenbürg in der bayerischen Oberpfalz wird ausgebaut. Mit Investitionskosten von 8 Millionen Euro soll die Gedenkstätte zu einer Erinnerungs- und Studieneinrichtung von internationalem Rang werden. Die Kosten werden zwischen dem Land Bayern, Bund und der Gemeinde aufgeteilt. „Ziel der Neukonzeption ist es vor allem, der Jugend ein modernes pädagogisches Angebot zu machen, um sie die Geschichte und die Realität des NS-Terrors begreifen zu lassen“, sagte Bayerns Kultusstaatssekretär Karl Freller (CSU) bei einem Treffen von KZ-Insassen aus zwölf Ländern.

Gerald Netzl

## Gerechtigkeit für Deserteure!

**D**er Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat folgenden Beschluss gefasst:

„Am 17. Mai 2001 beschloss der Deutsche Bundestag, die Urteile der NS-Militärjustiz zwischen 1939 und 1945 pauschal aufzuheben. Der Beschluss erfolgte gegen die Stimmen der Abgeordneten der CDU, CSU und FDP. Von der deutschen Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, die seit Jahren um die Rehabilitation der Verurteilten kämpft, wurde dieser Beschluss als Erfolg ihrer langjährigen Tätigkeit begrüßt.

Die Entscheidung des Deutschen Bundestages hat auch in Österreich die Debatte über dieses Thema neu entfacht, denn auch bei uns ist diese Frage noch offen. Unter der Naziherrschaft wurden rund 22.000

Menschen von den NS-Militärs zum Tode verurteilt, davon wurden rund 15.000 Urteile vollstreckt. Darunter befanden sich auch zahlreiche Österreicher, die in den Hitler-Armeen dienen mussten.

Es wäre an der Zeit, dass der Österreichische Nationalrat den Beschluss fasste, diese Unrechtsurteile aufzuheben. Dadurch würde für die Überlebenden bzw. die Witwen und Nachkommen der Justifizierten das Entschädigungsrecht für NS-Opfer zum Tragen kommen.

Die Desertion, auch Fahnenflucht genannt, wurde für viele Soldaten, die erzwungenermaßen ihren Kriegsdienst für den Unrechtsstaat leisten mussten, zum einzigen Ausweg aus der Gewissensnot. Desertion war daher in zahlreichen Fällen auch Ausdruck des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft.“

# Neonazi-Zelle mit Waffenlager

**A**m 9. August 2002 hob die Polizei eine Neonazizelle namens „SS-Kampfgemeinschaft Prinz Eugen“ aus. In einer konspirativen Wohnung im 19. Wiener Gemeindebezirk wurde ein umfangreiches Waffenlager beschlagnahmt. Bei darauf folgenden Hausdurchsuchungen in Wien, Niederösterreich und der Steiermark stießen die Ermittler auf NS-Propagandamaterial, Umsturzpläne und weitere Waffen. Drei Personen wurden in Untersuchungshaft genommen.

Offen betätigt haben sich die mutmaßlichen Neonazis und Umstürzler in der rechtsextremen „Döblinger Initiative Autofahrer Rechte (DIAR)“. Die 1992 gegründete DIAR beschränkte ihre öffentliche Tätigkeit weitgehend auf Lobbying für Raser und wüste Drohungen gegenüber Radfahrern, grünen und sozialdemokratischen Politikern und Polizeibeamten. Diese Zweigleisigkeit

entspricht einem verbreiteten Konzept der Neonaziszene. 1991 erschien in Deutschland die Schrift „Eine Bewegung in Waffen“, in welcher die Teilung der Szene in einen legalen und einen illegalen Flügel propagiert wird. Letzterer wird in Anlehnung an den geplanten Untergrundkampf der NSDAP nach der Zerschlagung des Dritten Reiches als „Werwolf“ bezeichnet, dessen Angehörige sozusagen als „Feierabend-Terroristen“ agieren sollen. Ziel ist die Destabilisierung des verhassten „Systems“ mittels punktueller Schläge. Als Kopf der DIAR galt der heuer im Juni verstorbene Georg Gasser; vom Anwalt der Verdächtigen wird er – wenig überraschend – als alleiniger Drahtzieher der „SS-Kampfgemeinschaft“ dargestellt. Er begann seine Neonazi-Karriere bei der „Aktion Neue Rechte (ANR)“. Gasser galt als extrem gewaltbereit. Gemeinsam mit Wil-

helm Ehemayer („National-Konservative Union/NAKU“) gründete er auch die „Europaburschenschaft Tafelrunde zu Wien“. Diese zählte sogar in der Wiener Burschenschaftsszene als zu weit rechts außen. Einer ihrer Aktivisten Mitte der achtziger Jahre war Wolfgang Haberler, heute stellvertretender FPÖ-Landesparteiobmann in Niederösterreich.

Spuren zu weiteren als besonders militant geltenden Neonazis – wie Frank Swoboda – werden untersucht. In dessen „Ostara“-Mailing war unter anderem zu lesen: „Die Zeit wird kommen, wo diese gekauften, im Dienst des Weltzionismus stehenden Kreaturen in Front eines Exekutionskommandos stehen werden“.

Jedenfalls steht nach Auffliegen der „SS-Kampfgemeinschaft“ fest, dass sich alle Politiker, die versuchten, die Neonaziszene zu verharmlosen oder deren Existenz überhaupt zu leugnen, blamiert haben. ■



Pionierin der Sozialforschung Marie Jahoda

## Ausstellung Marie Jahoda

**K**ürzlich wurde in Gramatneusiedl die Ausstellung „Marie Jahoda (1907–2001)“ eröffnet.

Mit der Studie über „Die Arbeitslosen von Marienthal“ im Gramatneusiedl der frühen 30er Jahre wurde Marie Jahoda weltberühmt. In der von Reinhard Müller (Archiv für die Geschichte der Soziologie) gestalteten Ausstellung wird sie als eine Pionierin der Sozialforschung gewürdigt.

Im Rahmen eines Festakts hielt SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer die Festrede und enthüllte die Gedenktafel für Marie Jahoda. Die Übergabe der in den Jahren 1987–2002 revitalisierten Marienthaler Häuser (mit 103 Wohneinheiten) wurde durch Landesrat Fritz Knotzer vorgenommen, nachdem Bürgermeister Klaus Soukup über die Ausführung dieses bemerkenswerten Vorhabens berichtet hatte.

# Das „Vaterland“ der Burschenschafter

Von der Polizei im Namen der Versammlungsfreiheit durch Absperrungen in der Innenstadt beschützt, zogen heuer am 8. Mai Burschenschafter „in voller Wuchs“, farbenbringende Studenten und „alte Herren“ der so genannten schlagenden Verbindungen sowie andere akademische Sympathisanten mit Fackeln vom Josefsplatz zum Schweizerhof, um dort am Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 in einer Trauerfeier der Toten des Zweiten Weltkriegs zu gedenken. Einer der Redner zu diesem Anlass war der österreichische Volksanwalt Ewald Stadler, der dort aufforderte, „gegen die Tabus der durch nichts und niemanden legitimierten Moral der Political Correctness anzutreten“ und „Mut zu einem enttabuisierten Umgang mit unserer Geschichte, wie dies Horst Mahler in Deutschland getan hat“, aufrief. (Mahler, verurteilter RAF-Terrorist, von links- zu rechtsextrem gewandelt, verbreitet in Deutschland neonazistische Hetzschriften). Bei einer Sonnwendfeier wenige Wochen später rüttelte derselbe Stadler bekanntlich mit seiner provokativen Gleichstellung der Unfreiheit unter Hitler und der alliierten Besatzung 1945 am Grundkonsens der Zweiten Republik.

Die schlagenden Verbindungen sind eine Kadenschmiede der FPÖ; viele freiheitliche Politiker kommen aus ihren Reihen. Ideologisch haben sie sich ihren seit den Freiheitskriegen gegen Napoleon gepflegten Deutschnationalismus voll erhalten, welchem Wechsel sie sonst auch immer unterworfen waren. Die erste Korporation wurde 1814 in Jena gegründet. In Österreich von Metternich verboten, waren die Burschenschafter 1848 auch in Wien eine Speerspitze der

bürgerlich-nationalen Revolution. Gegen Ende des Jahrhunderts hatte auch sie der Antisemitismus voll erfasst. Als Aufgabebereich der verbotenen Nazi-Partei wurden auch Burschenschaften 1933/34 vom Dollfuß-Regime verboten. 1938 gingen sie mit fliegenden Fahnen im totalitären Deutschen Studentenbund auf. 1945 blieben sie vorerst verboten, im Zeichen der Vereinsfreiheit aber wurden sie wiedergegründet. Zum Unterschied von den katholischen und CV-Studentenverbindungen bezeichnen sie sich als „schlagende“, weil dem Vollmitglied die Mensur, ein Säbelzweikampf, abverlangt wird, bei dem Blut fließen muss, wofür dann die „Schmisse“ im Gesicht lebenslang Zeugnis ablegen. Die Mensur soll die Bereitschaft ausdrücken, im Ernstfall das Blut für das Vaterland zu opfern. Was dieses „Vaterland“ ist, hat Haiders zeitweiliger ideologischer Berater Andreas Mölzer, Mitglied der „Vandalia Graz“, 1990 so präzisiert: „Der Korporationsstudent in Österreich ist sui generis – als Angehöriger einer deutschen Korporation – bereits eine lebende Anklage

gegen die große Lebenslüge der zweiten österreichischen Republik. Den allzu opportunistischen Ausstieg aus der deutschen Geschichte und der deutschen Verantwortung, den die ‚österreichi-



Foto: Continental

## Burschenschafter und FPÖ-„Putschist“ Ewald Stadler

sche Nation‘ nach 1945 vollziehen wollte, und die damit verbundene Lebenslüge stellt eben jener in Frage, der sich weiter als Deutscher bekennt.“

Dass diese großdeutschen Bekenntnisse immer wieder mit Nazi-Nostalgie zusammenfließen, lässt sich vielfach bekunden. Etwa, wenn eine Wiener Burschenschaft noch 1971 den „Anschluss“ als Verwirklichung des

„Traumes der Deutschen vom großen Reiche aller Deutschen“ bezeichnet, wenn die Grazer „Arminia“ noch immer das Andenken ihres Bundesbruders, des als Haupttäter im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess verurteilten und hingerichteten Ernst Kaltenbrunner hochhält, oder wenn Burschenschafter im Kreis um den späteren NDP-Gründer Norbert Burger in die zweite, nicht mehr autochthone und nur gegen Sachen gerichtete, sondern blutige Terrorwelle in Südtirol verwickelt waren. Auch der erste politische Tote der Zweiten Republik bei den Demonstrationen gegen den antisemitischen Professor Borodajkewycz war Opfer eines gewalttätigen Korporationsstudenten. Wie die Burschenschafter in ihrer Mehrzahl das sie verbindende Motto „Ehre, Freiheit, Vaterland“ weiterhin verstehen, lässt sich an dem bei Festveranstaltungen gesungenen „Bundeslied“ ermessen, das mit den Worten anhebt: „Vaterland, du Land der Ehre, stolze Braut mit freier Stirn, deinen Fuß benetzen Meere, deinen Scheitel krönt der Firm ...“

Manfred Scheuch

## Stadler als Volksanwalt untragbar

Die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus, die in der Zeit von 1938 bis 1945 den Terror der NS-Diktatur erleiden mussten, sind empört über die Äußerungen des aus den Reihen der FPÖ kommenden Volksanwalts Dr. Ewald Stadler. Seine Gleichstellung der Okkupation Österreichs im Jahre 1938 mit der Befreiung und Wiedererrichtung der Republik im Jahre 1945 ist ein ungeheuerlicher Vergleich. Ebenso die Diffamierung der

Alliierten, die vielen Verfolgten des Nazi-Regimes im letzten Augenblick noch das Leben retten konnten. Aber auch die überwiegende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher war froh, dass dieser unselige, von Hitler provozierte Eroberungskrieg zu Ende gegangen ist. Mit der Unabhängigkeitserklärung der Republik vom 27. April 1945 konnte die provisorische Regierung Renner mit dem Wiederaufbau Österreichs

beginnen. Es ist unfassbar, dass solche Auffassungen von einem Spitzenfunktionär der Republik vertreten werden. Herr Stadler ist reif für den Rücktritt.

*Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband).*



Alexander Rodtschenko:  
„Lilja Brik, 1924“

## Sowjetfotos im Wandel

Im Historischen Museum der Stadt Wien am Karlsplatz ist zur Zeit eine Ausstellung sowjetischer Fotografie der 1920er und frühen 1930er Jahre zu sehen. Sie zeigt nicht nur, dass die Sowjetfotografie dieser Zeit zur europäischen Avantgarde gehörte, sondern gibt auch einen Ausschnitt des Wandels in der sowjetischen Kunstpolitik, die die künstlerische Freiheit durch das Diktat des Stalinschen „Sozialistischen Realismus“ zum Propagandainstrument degenerierte. Das persönliche Schicksal etlicher Fotografen unterstreicht die Mittel, mit der dieser Wandel durchgedrückt wurde. Einer kam für Jahre in ein Arbeitslager, ein anderer erhielt Berufsverbot, die rund 5.000 Fotos eines Dritten wurden als „formalistisch“ vom NKWD vernichtet, ein Vierter ging in die innere Emigration und hörte zu fotografieren auf.

# Die Tragödie der Hilferdings

Vor 60 Jahren, am 18. September 1942, wurde Karl Hilferding in das Vernichtungslager Auschwitz gebracht. Dort wurde er „selektiert“ und am 2. Dezember 1942 in Niederkirch-Großstrehlitz, einem Nebenlager in Oberschlesien, ermordet. Das DÖW-Jahrbuch 2002 befasst sich mit seinem und dem Schicksal seiner für die Sozialdemokratie bedeutsamen Eltern.

Karl Hilferding war ein Sohn des sozialdemokratischen Politikers Dr. Rudolf Hilferding (1877–1941), der in Paris in Gestapohaft ums Leben kam. In Wien geboren, jüdischer Abstammung, aber konfessionslos, wandte sich Rudolf Hilferding früh der Sozialdemokratie zu. Obwohl zunächst Arzt, befasste er sich mit den ökonomischen Lehren von Marx, aus denen er finanzpolitische Theorien ableitete. So wurde er ein führender Vertreter des Austromarxismus. 1906 ging er als Lehrer der sozialdemokratischen Parteischule und Redakteur des „Vorwärts“ nach Deutschland. 1923, am Höhepunkt der Inflation, und dann wieder 1927 war Rudolf Hilferding Reichsfinanzminister. Nach der Flucht in die Emigration – nach der Besetzung Frankreichs verweigerten ihm die Vichy-Behörden die Ausreise in die USA – wurde er Opfer der Gestapo. Die Mutter Margarethe Hilferding, gebore-

ne Hönigsberg, eine der ersten Frauen, die in Österreich das Medizinstudium absolvierten, wurde 1942 von Wien nach Theresienstadt deportiert und starb dann in Treblinka. Auch



Rudolf Hilferding, einer der Väter des Austromarxismus

den 1905 geborenen Sohn der Hilferdings, Karl, obwohl er nach der Scheidung der Eltern in Wien blieb und sich 1924 katholisch taufen ließ, ereilte als Opfer des Nazi-Judenhasses das gleiche Schicksal.

Dem Sohn aus der zweiten Ehe, Peter Hilferding-Milford, gelang 1938 die Ausreise nach Neuseeland; er kehrte nach dem Krieg nach Österreich zurück.

Karl Hilferding studierte Chemie und Physik in Wien und verfasste mehrere anerkannte wissenschaftliche Arbeiten.

1935 ging er an die belgische katholische Universität Löwen und schloss dort ein Philosophiestudium mit Auszeichnung ab. Er fühlte sich zum Priester berufen und wurde Novize.

Der Einmarsch der Wehrmacht in Belgien ließ es nicht mehr dazu kommen. Auch Karls Versuche, seiner Mutter die Ausreise aus Österreich zu ermöglichen, schlugen fehl. Bald musste er sich selbst vor den Verfolgern, die ihn zum „Arbeitsdienst“ einberiefen, was die Einweisung in ein KZ bedeutet hätte, verstecken. Auf der Flucht zur schweizerischen Grenze wurde er von der französischen Polizei festgenommen und den Deutschen ausgeliefert. Mit insgesamt tausend Häftlingen wurde er im September 1942 nach Auschwitz deportiert; die meisten von ihnen wurden sofort in die Gaskammern geschickt, Hilferding war unter den 141, die zunächst zur Arbeit ins Lager Großstrehlitz gebracht wurden. Bei der Befreiung wurden noch 21 Männer lebend angetroffen – Karl Hilferding war nicht unter ihnen.

Die Bezirksgruppe Favoriten der Freiheitskämpfer hat ange-regt, die Bedeutung Rudolf Hilferdings und den Leidensweg der ganzen Familie in Form einer Gedenktafel und mit der Benennung einer Verkehrsfläche oder eines Baus zu würdigen. ■

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: [kaempfer@spoe.at](mailto:kaempfer@spoe.at), Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0

**Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

**Zulassungsnummer:** GZ 02Z03355M

DWR 0904783 231  
GERLINDE SCHWANTNER  
DARFINGERG. 14/25/6  
1190 WIEN